Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

**Etatrede 2011**

gehalten in der Sitzung des Stadtrates am 5. Oktober 2010

Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Ihnen liegt heute ein Entwurf des Haushalts 2011 vor, der mit einem Fehlbetrag von 27,5 Mio. € im Gesamtergebnisplan schließt. Die Fachbereiche hatten – wie in den Vorjahren auch – die Vorgabe, bei Ihren Anmeldungen grundsätzlich von einem Wiederholungshaushalt auszugehen; dies bedeutet, dass die Ansätze des Vorjahrs zu wählen sind, es sei denn, dass es rechtlich oder tatsächlich eine zwingende Vorgabe zur Abänderung gibt. Dies wurde auch umgesetzt. Angesichts der Tatsache, dass wir uns im Nothaushalt befinden, besteht auch rein rechtlich kein Raum für neue freiwillige Leistungen.

Der Fehlbetrag ist um ziemlich genau 10 Mio. € geringer als im Haushalt 2010. Dies hat seine Ursache allein in der Entwicklung der Steuereinnahmen: Ein Blick auf die erste Zeile des Gesamtergebnisplanes zeigt, dass die knapp 95 Mio. € aus 2010 auf 104,6 Mio. € steigen.

Die Gewerbesteuer steigt hierbei um einen Betrag von 7 Mio. €; die anteilige Einkommensteuer um knapp 3 Mio. €. Der Anstieg bei der Gewerbesteuer resultiert aus der tatsächlichen Entwicklung in diesem Jahr: Im Januar konnten seriös gerechnet nur ca. 23 Mio. € erwartet werden: Ende August waren es ca. 30 Mio. €. Die übrigen, teilweise recht erheblichen Veränderungen im Gesamtergebnisplan haben ihre Ursache in einer geänderten Veranschlagung: Die Erhöhung der sonstigen ordentlichen Erträge um etwa 2 Mio. € korrespondiert mit einem Anstieg der Versorgungsaufwendungen um ebenfalls ca. 2 Mio. €; denn auf Grund des Bruttoprinzips dürfen ab 2011 Entnahmen aus Pensionsrückstellungen, Beihilferückstellungen und Altersteilzeitrückstellungen nicht mehr vom Aufwand abgezogen werden.

Die Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um etwa 14 Mio. € korrespondiert mit einem entsprechenden Mehraufwand bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Diese Verschiebung hat ihre Ursache darin, dass die Immobilienobjekte der Stadt zu unterschiedlichen Zeitpunkten an den Fachbereich 8 übertragen wurden. Sie wurden in der Vergangenheit – wie in der Zeit zuvor – teilweise als sonstige ordentliche Aufwendungen und bei den Schulen weiter als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dargestellt. Im jetzigen Haushalt werden alle

Mietzahlungen an den Wirtschaftsplan des FB 8 als „sonstige ordentliche Aufwendungen“ veranschlagt. Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Das Defizit geht um ca. 10 Mio. € zurück, weil die Steuereinnahmen um ca. 10 Mio. € steigen.

In der mittelfristigen Finanzplanung wurden die Haushaltsansätze anhand der Orientierungsdaten fortgeschrieben. Danach reduziert sich das Defizit kontinuierlich auf 19,3 Mio. € im Jahr 2014. Nicht berücksichtigt sind hierbei die HSK-Maßnahmen, die Ihnen die Verwaltung vorschlägt. Berücksichtigt ist allerdings Ihr Beschluss zur Personalkostendeckelung; der Personalaufwand soll auch im gesamten Finanzplanungszeitraum unter 46 Mio. € bleiben. Hauptursache für den kontinuierlichen Rückgang des Defizits ist die Entwicklung der Steuereinnahmen. Der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ hat für die Jahre 2011 bis 2014 Steigerungsraten bei der Gewerbesteuer zwischen 6,3 und 7,6% sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von minus 1,5 bis plus 5% prognostiziert. Zumindest bei der Gewerbesteuer verläuft die Entwicklung in Bergisch Gladbach noch günstiger als vom Arbeitskreis prognostiziert: Für das Jahr 2011 gehen wir nicht von einer Steigerung von 7,6% (wie prognostiziert) aus, sondern auf Grund der tatsächlich im Steueramt vorhandenen Erkenntnisse von einem Anstieg von über 30%. Die Folgen der Wirtschaftskrise sind also in Bergisch Gladbach schon z.T. wieder aufgeholt und ich bin zuversichtlich, dass sich diese Entwicklung auch weiter positiv fortsetzt.

Andererseits gibt es hinsichtlich der weiteren Entwicklung auch nicht zu unterschätzende Risiken:

Vor etwa zwei Wochen gingen mir die neuen Orientierungsdaten zu. Danach sind die Ergebnisse deutlich nach unten zu korrigieren, für das Jahr 2011 allein um 2.324.494 €. Diese Korrektur konnte natürlich noch nicht in das Zahlenwerk eingebaut werden. Ich hoffe, dass das Ergebnis der Steuerschätzung im November zu positiven Ergebnissen kommt. Dann könnte ich mich nämlich für das Jahr 2011 am Ergebnis der Steuerschätzung orientieren. Wenn dieses Ergebnis positiver ist als die Prognose nach den jetzigen Orientierungsdaten hoffe ich, die Zahl für 2011 halten zu können und es entsteht dann auch keine andere Basis für die Folgejahre. Des Weiteren erwarte ich mit Spannung im November die Probeberechnung für die Schlüsselzuweisungen. In jedem Fall werden wir Ihnen mit der letzten Änderungsliste neue Zahlen vorlegen, die voraussichtlich nicht unerheblich von den jetzigen Ansätzen abweichen.

Noch vor wenigen Wochen hätte ich als Hauptrisiko die Entwicklung der Kreisumlage in den nächsten Jahren angesehen. Der Kollege des Kreises prophezeite einen Anstieg des Defizits von 16 auf 32 Mio. €. Des Weiteren stand der Kreis seitens seiner Kommunalaufsicht in der Verpflichtung, Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen. Dies hätte vermutlich auch einen Anstieg der Kreisumlage beinhaltet. Nachdem die

Nachricht eingetroffen ist, dass der Kreis für die Jahre 2007/2008 und 2009 voraussichtlich rd. 21 Mio. € Nachzahlung und für 2010 nochmals rd. 6 Mio. € aus der Wohngelderstattung des Landes erhält, gehe ich heute davon aus, dass zumindest für den Haushalt 2011 keine neuen Belastungen vom Kreis drohen.

Es bleiben allerdings noch weitere Risiken für unseren Haushalt, beispielsweise die Kostenerstattung im Rahmen der U3-Betreuung.

Verfolgt man die Veröffentlichungen der neuen Landesregierung kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die finanzielle Situation der Kommunen dort allmählich angekommen ist. Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010 sieht Entlastungen von knapp 300 Mio. € vor.

Für Bergisch Gladbach ergibt sich eine Verbesserung von 1,488 Mio. €. Dies ist erfreulich, löst aber nicht unsere Probleme. Angesichts der desolaten Finanzlage des Landes selbst, habe ich dies auch nicht ernsthaft erwartet. Nicht unerwartet kam für mich auch nicht, dass der neue Innenminister in einem Interview vom 27.9.2010 von den Städten neue Sparopfer fordert. Bezüglich des Bundes bleibt abzuwarten, ob man sich dort der finanziellen Situation der Kommunen überhaupt bewusst ist. Ich hoffe, dass zumindest der Steuersenkungswahn aus der Zeit kurz nach der letzten Bundestagswahl beendet ist.

Fakt bleibt jedoch, unsere Probleme werden weder vom Bund noch vom Land gelöst. Zwar können wir m. E. auf eine konjunkturelle Erholung und wieder kräftiger sprudelnde Steuereinnahmen hoffen. Trotzdem kommt man an einem Fakt in keinem Fall vorbei: Selbst in den Zeiten, als die Steuereinnahmen kräftig sprudelten, belief sich das strukturelle Defizit in unserem Haushalt auf etwas mehr als 10 Mio. €. Auch wenn sich die Steuereinnahmen weiter erholen, werden wir nicht daran vorbeikommen, mindestens dieses Loch zu stopfen.

Die Verwaltung hat Ihnen den Entwurf eines Haushaltssicherungskonzeptes vorgelegt. Dieses Haushaltssicherungskonzept erfüllt mit Sicherheit in formaler Hinsicht die Anforderungen, die gesetzlich an ein solches Konzept gestellt werden. In inhaltlicher Hinsicht ist es allerdings nicht genehmigungsfähig, da ein Haushaltsausgleich zum Ende des Konsolidierungszeitraums nicht dargestellt wird. Das Volumen beläuft sich auf etwa 5 Mio. € und entspricht damit etwa der Hälfte dessen, was mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an strukturellem Defizit dauerhaft bei uns verbleiben wird.

Meine Damen und Herren, Sie befinden sich nach meiner Auffassung zurzeit an einem Scheideweg. Es stellt sich nämlich die Grundsatzfrage, ob Sie sich entweder dauerhaft

im Nothaushalt einrichten wollen oder Ihre Anstrengungen weiter intensivieren, um einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, dem Nothaushalt zu entrinnen. Ich plädiere dafür, die Anstrengungen zu intensivieren, da ansonsten eine Abwärtsspirale ohne Ende droht. Diese Grundsatzentscheidung ist es jedoch, die Sie nach meiner Auffassung bei den Haushaltsberatungen in diesem Jahr lösen sollten, bevor das Defizit so groß ist, dass eine Konsolidierung kaum noch möglich ist.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen zum Haushalt.